

Bern, 24. Juni 2014

Medienmitteilung

FDP begrüsst Nein zur Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Notwendig ist eine echte CO₂-Lenkungsabgabe – keine neuen Steuern

FDP.Die Liberalen steht ein für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik. Für die FDP und die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats ist jedoch klar: Die Initiative der glp für eine Energie- statt der bisherigen Mehrwertsteuer würde das bestehende System auf den Kopf stellen und den Bundeshaushalt massiv belasten. Mit einer parlamentarischen Initiative hat die FDP ihr Konzept einer echten CO₂-Lenkungsabgabe eingebracht, welche für Unternehmen und Private einen echten Anreiz schafft für ein klimaverträgliches Handeln.

Die glp-Initiative hätte bei einer Annahme drastische Auswirkungen: Der Benzinpreis würde auf mindestens 3 Franken pro Liter ansteigen. Liesse sich dadurch der Energieverbrauch tatsächlich drastisch senken, gingen auch die Einnahmen für den Bundeshaushalt massiv zurück. Darunter leiden würden vor allem unsere Sozialwerke (AHV, IV) sowie der öffentliche Verkehr. Zudem würden die unteren Einkommen überproportional belastet, was unsozial ist.

Abbau von Subventionen und Fördersystemen

Die Vorschläge der FDP dagegen sind marktnah und volkswirtschaftlich sinnvoll: Die CO₂-Abgabe soll optimiert werden, indem die bestehende Abgabe zu einer echten Lenkungsabgabe weiterentwickelt wird. Wichtiges Element der weiterentwickelten CO₂-Abgabe ist, dass sich Unternehmen wie Private über Zielvereinbarungen von der Abgabe befreien können. Gleichzeitig müssen Subventionen und Fördersysteme wie die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) und die Teilzweckbindung der heutigen CO₂-Abgabe abgebaut werden.

Parlamentarische Initiative der FDP

Die FDP hat hierzu während der Sommersession die parlamentarische Initiative „Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung“ ([14.436](#)) eingereicht. Der Bund soll auf Brennstoffen eine CO₂-Abgabe erheben können, jedoch darf diese nicht – wie die heutige Abgabe – zweckgebunden sein. Vielmehr soll sie vollumfänglich an Bevölkerung und Wirtschaft rückerstattet werden. Während der aus der Schweiz exportierte Strom beinahe CO₂-frei ist, stammt der importierte Strom zu rund 50 Prozent aus CO₂-belasteter Produktion (Kohle, Gas, Öl). Deshalb will die FDP auch diesen mit der CO₂-Lenkungsabgabe belasten.

Keine umsetzbaren Vorschläge der Grünen

Die Vorschläge der Grünen sind für die FDP nicht umsetzbar. Schon alleine die Forderung, die Abgabebesätze für die einzelnen Energieträger gemäss der Höhe der Umweltbelastung und der Sicherheitsrisiken festzulegen, bietet keine greifige Grundlage für eine Berechnung. Dies öffnet Tür und Tor für staatliche Willkür. Zudem zeigt ihr Vorschlag zur Besteuerung der grauen Energie, dass die Grünen keine Lenkungsabgabe, sondern eine neue Steuer planen. Das ist für die FDP ausgeschlossen.

Für einen effizienten Energieverbrauch

Die weiterentwickelte Lenkungsabgabe soll spätestens 2020 in Kraft treten. Mit einem Lenkungssystem wird ein marktnahes und damit volkswirtschaftlich sinnvolles Instrument geschaffen, das bereits jetzt mit Zielvereinbarungen Wirkung entfaltet. Die FDP will einen effizienten Energieverbrauch mit wirtschaftlichen Massnahmen anstelle von neuen Steuern und Subventionen

– aus Liebe zur Schweiz.

Kontakt:

- › Peter Schilliger, Nationalrat, 078 671 14 18
- › Christian Wasserfallen, Nationalrat, 078 648 39 71
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Hänni, Pressesprecherin Romandie, 079 315 78 48